gaZ
Grün Alternative Zeitung
Nr. 54
Februar 2000

Eine Realistin mit Träumen

Frank U. Frei besuchte die OB-Kandidatin Ursula Sowa – Ein Portait

Wir schreiben das Jahr 2020. Oberbürgermeisterin Ursula Sowa, vor zwei Jahren zum dritten Mal wiedergewählt, legt ihr Amt nieder. Mit 63 Jahren, sagt Sowa vor dem Stadtrat, sei es an der Zeit, die Verantwortung an eine Jüngere zu übergeben. Ihr Haus, die Stadt Bamberg, habe sie gut bestellt, ihrer Nachfolgerin könne sie ein tragfähiges Fundament hinterlassen, gemäß ihrem bei der Wahl 2000 geäußerten Leitbild, der „nachhaltigen Entwicklung“. Die Architektin auf dem OB-Sessel erhält Beifall von allen Seiten des Hauses.

Eine Spinnerei. Oder etwa doch nicht? Wenn Ursula Sowa demnächst am Maxplatz den Stuhl Luitpold Weegmanns und Theodor Mathieus einnimmt – wie sieht Bamberg dann aus in 20 Jahren? Die Kandidatin lacht kurz auf, besinnt sich aber gleich wieder, scheint den Gedanken als gar nicht so abwegig zu empfinden. Sie lehnt sich zurück und blickt scheinbar in die Ferne, ins Jahr 2020. Sie sieht: „Bamberg ist eine grüne Stadt, nach wie vor.“ Eine Stadt mit ausreichend Arbeitsplätzen, einer vielfältigen Kulturszene und einer „guten Atmosphäre für kreative Menschen“.

Foto: Bernhard Kümmelmann

Bambergerin mit dem Herzen

„Mich fasziniert diese Stadt immer noch“, sagt sie, die in Würzburg geboren wurde. Bamberger Blut hat sie durch beide Großelternlinien mit auf den Weg bekommen. In den Schatten des Kaiserdoms zurückgekehrt sind ihre Eltern, als Uschi Knauer in die Oberstufe des Gymnasiums kam. Schnell wurde sie zur Bambergerin mit dem Herzen. Nach über einem Vierteljahrhundert – die Stadt hat ihr Gesicht geliftet, hat hier und da an Charakter verloren, an anderen Stellen ihr Profil geschärft – urteilt Ursula Sowa ohne Spur des Zweifels in der Stimme: „Die Schönheit ist immer noch da.“

Die Schönheit Bambergs – das ist das Geheimnis dieser einzigartigen Mischung aus Alt und Neu, aus radikaler Modernität und konservierender Modernisierung, aus rückwärts gewandtem Fort-Schritt und der unbeantworteten Frage nach der Zukunft. Ursula Sowa legt ein Holzscheit nach in ihrem Schwedenofen. Das Gerät ist neu. Es heizt den eben fertig gestellten, von ihr selbst geplanten Anbau an das von den Großeltern geerbte Haus. Mehrmals täglich überschreitet sie hier buchstäblich die Schwelle von Alt zu Neu – und zurück. Sie lebt dieses Spannungsfeld.

Auch beruflich: hier baut sie ein ultramodernes Niedrigenergie-Haus („Wenn schon neu, dann radikal“), dort plant sie die Sanierung uralter Bausubstanz. Ökologie und Ästhetik haben für die Anhängerin italienischen Designs denselben Rang: „Es ist mein Ehrgeiz, beides auszubalancieren“, sagt Uschi Sowa. Das Wort von der „nachhaltigen Stadtentwicklung“, in gefälligen Sonntagsreden schon beinahe bis zur Konturenlosigkeit malträtiert, findet in Sowas Gedankengebäude noch Platz zur Entfaltung: mehr umweltfreundliche Arbeitsplätze – aber nur solche mit Zukunft; Flächen fürs Gewerbe mobilisieren, nötige Umwelteingriffe aber angemessen ausgleichen; alte Stadtviertel in ihrer Eigenart sanieren, aber nicht zum Selbstzweck sondern zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger, die auch Neues schaffen wollen: „Das Vorhandene qualitätvoll erhalten und weiter anbieten, das Innovative fördern.“

Öffnungen sehen, nicht die Mauern

Eine Frau auf dem Weg. Vor zehn Jahren wurde Ursula Sowa von der GAL angesprochen: Ob sie nicht Lust hätte, auf der grün-alternativen Liste für den Stadtrat zu kandidieren – „schwupp war ich drin“. Die Lust ist ihr bis heute nicht vergangen. Im Gegenteil: „Ich sehe Öffnungen, nicht nur Mauern.“ Lamentieren ist ihre Sache nicht. Die optimistische Grundeinstellung ist Sowa trotz mancher Enttäuschung nicht abhanden gekommen, sie hat sich weiterentwickelt und „gelernt, offener zu werden für die Ideen anderer.“ Kein zweites Mal würde es ihr passieren, sagt sie, dass sie wie 1994 aus einer Fundamentalposition im Verein mit der CSU ein nicht ganz optimales Verkehrskonzept ablehnt und so bewirkt, dass die Stadt nun überhaupt keines hat.

In Bamberg ist es nicht verkehrt, ein Credo zu haben. Das von Ursula Sowa lautet so: „Ich glaube, es ist erträglicher, in dieser Stadt zu leben, wenn man sich beteiligt, als wenn man diesen politisch Verantwortlichen ausgeliefert ist.“ Es habe sie schon immer interessiert, „wie es zu Entscheidungen kommt“. Visionen durchzusetzen, „auch persönliche“, erscheint ihr wichtiger als mächtige Posten innezuhaben. Im Bausenat und im Senat für Schul- und Kulturangelegenheiten hat sie nur eine Stimme, aber die gewinnt zunehmend an Gewicht. Und wenn sie nicht auch schon „Erfolge in der Opposition“ gehabt hätte, „wäre ich nicht mehr dabei.“

Stadträtin, Architektin, Mutter

Als Schülersprecherin des Eichendorff-Gymnasiums machte sie ihre ersten politischen Erfahrungen. Nach dem Abitur folgte, was sie ihre „Selbstfindungsphase“ nennt: Studium der Architektur an der Berliner Hochschule der Künste, Heirat mit dem Kunsterzieher Hubert Sowa, zwei Kinder. Das dritte Kind, Gereon, kommt 1990 auf die Welt: Ursula Sowa ist gerade frisch in den Stadtrat gewählt. Aus der Traum?

Mitnichten: „Ich bin eine Realistin mit Träumen, die ich verwirklichen will.“ Gereon hat so manche „ernsthafte“ Sitzung bereichert, ist mit der Politik aufgewachsen. Mutter Sowa lacht heute noch bei der Erinnerung an eine Zusammenkunft der Konzerthallen-Kommission: „Gereon konnte gerade krabbeln und wollte immer das Modell sehen.“ Der OB hieß damals Paul Röhner, und der wurde in solchen Momenten manchmal ganz schön nervös. Lokalpolitik und Kinder, meint die Kandidatin mit Blick auf ihren Wahlkampf, „gehören zusammen“. Als OB würde sie sich dafür einsetzen, dass die in der Innenstadt Beschäftigten eine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder erhalten.

Die Politik ist beileibe nicht die größte Leidenschaft der grün-alternativen OB-Kandidatin. Ihr ein und alles, das sagt sie sehr bestimmt, ist die Architektur. Doch diese Herzensangelegenheit scheint bisher zu kurz gekommen zu sein. Zuerst widmete sie sich den Kindern, dann auch noch dem politischen Engagement – und jetzt das Amt der Oberbürgermeisterin?

Managerin im Rathaus

Ursula Sowa würde dafür ihre Vorbereitungen für das eigene Architekturbüro noch einmal unterbrechen. Denn wenn sie etwas anpackt, „dann voll und ganz“. Süchtig machen lassen will sie sich von der Politik nicht: „Ich könnte meinen Ehrgeiz auch in anderen Bereichen befriedigen.“ Aber das Amt der Managerin im Rathaus traut sie sich durchaus zu: „Drei Kinder groß zu ziehen“, lacht sie, wie nur eine Mutter lachen kann, „das ist eine gute Schulung“. In den ersten drei Monaten am Maxplatz, darauf können sich die städtischen Mitarbeiter schon mal einstellen, „würde ich erst mal reinen Tisch machen“. Und dann die Arbeit aufteilen, getreu dem Motto: Motivation durch Selbstverantwortung. „Eine Managerin“, sagt Sowa, „muss abgeben können, dabei aber die Fäden in der Hand behalten“. Es scheint, als hätte sie sich schon „voll und ganz“ auf ihre neue Aufgabe eingestellt.

gal.bamberg.de

sowa-setup
GAL-OB-Kandidatin im Internet

Plaudern Sie live mit Ursula Sowa:

Mi, 16.2.2000: ***Bamberg bildet. Die Stadt als Welt-Kultur-Erbe.***
Mi, 1.3.2000: ***Bamberg saniert sich. Städtische Wirtschaft und Finanzen.***
Mi, 8.3.2000: ***Bamberg emanzipiert sich. Zusammenleben in einer Stadt.***
Mi, 15.3.2000: ***Bamberg hustet nicht. Gesunde Stadtentwicklung.***

jeweils 20 bis 22 Uhr

I N H A L T

Bremser im OB-Sessel
Stockende Verkehrspolitik, Umweltschutz im Schattendasein, erdrückender Schuldenberg, lückenhafte Sozialplanung – sechs Jahre Lauer ergeben eine laue Bilanz.
Seite 3

Auslesestress, Betreuungsstress, Behördenstress
Von der bayerischen Schulreform bleiben für die Betroffenen v.a. Stress, Leistungsdruck und enttäuschte Hoffnungen – die Kommunalpolitik weist jede Zuständigkeit von sich.
Seite 4

ödp unterstützt Ursula Sowa
Warum der Bamberger Kreisverband der ödp von Oberbürgermeister Herbert Lauer enttäuscht ist und bei der OB-Wahl die Kandidatin der GAL unterstützt.
Seite 4

Ein kleines Netz von Solidarität
Besuch in der Wärmestube von „Menschen in Not“ in St. Martin: Hier haben Wohnungslose eine Anlaufstelle. Aber damit reicht das Hilfsangebot in Bamberg bei weitem nicht aus. Eine Reportage
Seite 5

Wer nicht fragt, bleibt dumm!
Eine Stadt, die ihre BürgerInnen um Rat fragt und sie an Planungen beteiligt? In Bamberg kaum bekannt – anderswo alltägliche Kommunalpolitik.
Seite 6

Die Stadtluft ist krank
An elf Stellen in der Bamberger Innenstadt sind die Ruß- und Benzolwerte in der Luft stark gesundheitsgefährdend. Bamberg braucht rasche Abhilfe. Ein Gast-Kommentar von Dr. Cornelia Waldmann-Selsam.
Seite 7

„Bei mir wissen die Menschen, woran sie sind.“

Interview mit Ursula Sowa, Kandidatin der Grün-Alternativen Liste (GAL) für das Amt der Oberbürgermeisterin, über die Vernunft als Mittel der Politik, neue Arbeitsplätze in Bamberg, grüne Politik und effektive BürgerInnenbeteiligung sowie ihr Amtsverständnis.

gaz: Warum kandidiert Ursula Sowa für das Amt der Oberbürgermeisterin?

Sowa: Der jetzige Amtsinhaber ist damals als „unabhängiger“ Kandidat ins Rennen gegangen und wollte sachorientierte Politik machen. Das schien viel versprechend, aber jetzt geht es ihm nur noch um den Machterhalt, und dafür hat er sich bei der CSU angebiedert...

gaz: ...und seine Unabhängigkeit verloren?

Sowa: Ja, aber das war absehbar. Mit einer klaren Gegenposition will ich dem wankelmütigen und zaghaften Oberbürgermeister Entschiedenheit entgegensetzen. Bei mir wissen die Menschen, woran sie sind: Ich vertrete grüne Politik und gehe keine Koalitionen ein, aus falsch verstandener Eitelkeit.

„Meiner Politik kann sich keiner entziehen.“

gaz: Das Parteibuch fehlt Ihnen aber auch.

Sowa: Das stimmt. Ich bin kein eingetragenes Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Das ist aber gar nichts Besonderes. Die GAL hat schon immer Wert darauf gelegt, dass auch Menschen ohne Parteibuch in ihre Politik mit einbezogen werden. In der GAL-Fraktion im Stadtrat fühle ich mich sehr wohl. Und übrigens sind bei uns sogar drei von fünf StadträtInnen keine Grünen-Mitglieder.

gaz: Seit 1990 sind Sie Stadträtin in Bamberg, seit zwei Jahren führen Sie die Fraktion an. Auf welche Erfolge können Sie verweisen?

Sowa: Die GAL in Bamberg hat in sehr vielen Bereichen eine Vorreiterrolle eingenommen. Zum Beispiel bei der Mülltrennung, bei verkehrsberuhigenden Maßnahmen, bei der Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Ökologisches Bauen in Bamberg ist ebenfalls stark mit der GAL verbunden. Und ohne das beharrliche Engagement der GAL-Frauen gäbe es heute noch keine Frauenkommission. Vieles haben wir jahrelang eingefordert, nur hat es bei CSU und SPD gedauert, bis diese Forderungen auf fruchtbaren Boden fielen.

gaz: Die vergangene Wahlperiode war vom Wechsel geprägt. Auf Paul Röhner folgte Herbert Lauer, der Stil der politischen Auseinandersetzung veränderte sich zunächst. Wie beurteilen Sie die Amtszeit von Herbert Lauer?

Sowa: Zunächst hat sich schon etwas geändert. Die GAL wurde gehört und als gleichwertige Partnerin einbezogen. Es gab nun einen sachlicheren Ton, wobei manche Abstimmung tatsächlich an der CSU vorbeiging. Aber Lauer hat die sechs Jahre als Oberbürgermeister leider nicht genutzt, um die Dinge voranzubringen, seine Ziele einzufordern. Er ist kein Politiker geworden, sondern ein Verwaltungsbeamter geblieben und dazu noch sehr leicht zu beeinflussen. Lauer lässt sich bei Verhandlungen, wie es unlängst bei den Multiplex-Kinos deutlich wurde, zu oft über den Tisch ziehen, und das tut der Stadt nicht gut. Auch wenn es um den Verlust von Arbeitsplätzen geht, hinkt der Oberbürgermeister hinterher und schaltet sich zu spät ein. Da nützt auch die schönste Infothek im Rathaus nichts, wenn sich Bürgerinnen und Bürger über die Behandlung beschweren. Jüngstes Beispiel sind die nachträglich eingeforderten Erschließungsbeiträge in der Jahnstrasse. Hier sollen einzelne Bürger bis zu 26.000 Mark für einen Lärmschutzwall bezahlen, den sie gar nicht wollten. Die Betroffenen können das nicht nachvollziehen und beklagen die mangelhafte Informationspolitik der Stadtspitze. Lauer vertröstet nur und handelt nicht. Das Klima im Rathaus hat sich also nicht wirklich verändert.

gaz: Vor sechs Jahren hat Ihr Gegenkandidat ökologische Gesichtspunkte bei der Stadtentwicklung angekündigt und von einem Verkehr gesprochen, der im Jahr 2000 stadt- und menschengerechter sein würde.

„Lauer ist ein Verwaltungsbeamter geblieben.“

Sowa: Die Benzol- und Rußwerte in Bamberg sind so hoch wie noch nie. Das Landesumweltamt hat die Stadt inzwischen angemahnt, etwas zu unternehmen, doch der Oberbürgermeister lässt allenfalls Alibi-Maßnahmen beschließen. Die Verkehrsprobleme sind während Lauers Amtszeit noch größer geworden und bis auf die Verhinderung der leidigen Bergverbindungsstraße ist nichts passiert.

gaz: Wie lautet das Programm der Oberbürgermeisterin Ursula Sowa? Wo setzen Sie Schwerpunkte?

Sowa: Ich sehe mein Programm eher als Prozess. Oft kommen die besten Anregungen aus der Bürgerschaft selbst – das würde ich viel ernster nehmen. Das hilft nämlich auch, vernünftige und bezahlbare Lösungen zu finden. Die Stadt soll informieren, mobilisieren und zu Ideen und Initiativen ermutigen – die Stadt also in der Rolle der Moderatorin mit dem Know-how der Verwaltung, das wäre mein Ziel. Auch im Rathaus müssen Teamgeist und Praxisbezug mehr betont werden.

Ich würde außerdem die Verkehrspolitik sofort in Angriff nehmen und ganz klare Ziele setzen: Verkehrsberuhigung und Heraushalten des Durchgangsverkehrs aus der Innenstadt. Vor allem müssen wir endlich die Verkehrsgutachten, die ja nicht gerade billig waren und nun in den Schubladen im Rathaus liegen, auswerten und schleunigst umsetzen.

Ganz oben steht auch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Viele Arbeitsplätze sind heute im High Tech- oder im Umweltbereich zu finden, z.B. Brennstoffzellen- oder Solartechnik, also Wirtschaftszweige, die Ökonomie und Ökologie vereinen. Um solche Firmen muss die Stadt offensiv werben. Da reichen schön gemachte Werbebroschüren nicht aus. Die jetzige Stadtspitze setzt leider nur auf das „Prinzip Hoffnung“ und wartet, bis ein Investor vorbeikommt. Stattdessen muss Bamberg überall dort vertreten sein und Kontakte knüpfen, wo solche Firmen und Betriebe sich austauschen: auf Konferenzen, Messen, Tagungen. Die Stadt könnte sogar selbst solche Veranstaltungen hier abhalten.

Ich will natürlich noch in viele andere Politikfelder neuen Schwung bringen: in den Agenda-Prozess zum Beispiel, der momentan nicht mal Schneckentempo aufbringt, in der Frauen- und Familienförderung, in der Kultur, oder auch beim Wohnungsbau oder bei der ökologischen Stadtentwicklung, wo ich ja auch im Stadtrat meinen Schwerpunkt habe.

gaz: Wie groß wäre der Gestaltungsspielraum einer grün-alternativen Oberbürgermeisterin in Bamberg?

Sowa: Da bin ich zuversichtlich. Denn was Lauer bisher nur versprochen hat, nämlich sachorientierte Politik zu machen, würde ich beim Wort nehmen und im Stadtrat vorstellen. Diese Politik muss dabei so fundiert sein, dass sie von allen mitgetragen werden kann. Ich würde es den Hardlinern im Stadtrat dadurch schwer machen, weiterhin wider alle Vernunft zu handeln. Das ist in Bamberg leider zu oft passiert. Aber meiner Politik wird sich keiner entziehen können...

„Ich sehe mein Programm mehr als Prozess.“

gaz: Wie hat das politische Bamberg auf Ihre Kandidatur reagiert?

Sowa: Die Reaktionen waren für mich sehr überraschend. Ich habe nicht nur aus dem eigenen politischen wie privaten Umfeld Unterstützung erhalten, auch im bürgerlichen Spektrum wurde meine Kandidatur positiv aufgenommen. Der Kreisverband der ödp unterstützt meine Kandidatur sogar ganz offiziell und engagiert sich auch im Wahlkampf, worüber ich mich sehr freue. Das alles hat mich für den Wahlkampf zusätzlich motiviert. Manche Leute, mit denen ich gesprochen habe, sehen mich sogar schon in einer Stichwahl landen. Es wird also spannend . . .

Das Interview führte Oliver Gasparini.

Geheimnis gelüftet

FT-Bericht über die Faschingseröffnung durch den Elferrat: ***Starke Sprüche im Bootshaus: „Die Sowa könnte tatsächlich für das Apfelweibla Modell gestanden haben.“***
Dazu die GAL: Wir wollten es ja eigentlich geheim halten, aber unsere Uschi Sowa hat tatsächlich . . .! Beweis ist obige Zeichnung, die E.T.A. Hoffmann vor fast 200 Jahren für sein Buch „Der goldene Topf“ anfertigte, die aber nie veröffentlich wurde. Er verwendete das Pseudonym Gerd Bauer.

Brief aus Rathaus

GAL
Stadtratsfraktion

Betrifft: „Insel der Seligen“ **Bamberg, im Januar 2000**

Sehr geehrter Herr Lauer,

am Heiligen Abend druckte der FT Ihr oberbürgermeisterliches Grußwort an alle BambergerInnen ab. In Fettschrift platzte die Behauptung in die gerade noch vorweihnachtliche Stimmung: Bamberg sei „keine Insel der Seligen“!
Schöne Bescherung, können wir da nur sagen. Gestatten Sie (Sie kennen ja die GAL!), dass wir da kritisch nachfragen: Meinen Sie das ernst? Wollen Sie den Bamberger, respektive die Bambergerin, provozieren? Oder, blitzt da Selbstkritik am Ende einer Amtszeit auf? Und ganz grundsätzlich: Was meinen Sie eigentlich mit Ihrer mutigen These?
Zum Ersten: Ist Bamberg eine Insel? Geographisch ist das nur erdgeschichtlich der Fall. In der Gegenwart kommen wir selbstverständlich zu Ihrem Ergebnis: Bamberg ist keine Insel. Die Stadt liegt in einer lieblichen Hügellandschaft. Wir fragen also weiter: Haben Sie „Insel“ bildlich gemeint? So betrachtet kommen Unsicherheiten auf. Zweifelsfrei sind wir von der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Großwetterlage betroffen und ergo keine Insel. Aber bildet sich diese Großwetterlage, sprich die politischen Trends der Zeit, auch kommunalpolitisch in konsequentem Handeln ab? Wir stellen fest: Inselartig begrenzt! In Großprojekte (Theatersanierung, Lärmschutzwall, Konzerthallen-Tiefgarage) wird ohne Zaudern investiert, in Menschen (KOS, FRIZ, Kinderparadies) aber immer wieder nicht. Umwelt- und Verkehrspolitik für eine attraktive Innenstadt und geringere Emissionswerte, nachhaltige Finanzpolitik, Verwaltungsreform gemeinsam mit den MitarbeiterInnen, Einbezug von BürgerInnen als ExpertInnen in Politik – all das lässt zu wünschen übrig. Unser Vorschlag: Bamberg ist eine Halbinsel. Vieles wird begonnen, ausgeführt aber in lauer Manier.
Nun ging es in Ihrer These ja um einen Zusammenhang, die „Insel der Seligen“. Fehlt es in Bamberg an Seligen? „Selig“ in einer Ableitung aus dem Lateinischen führt laut Duden zu dem Verb „solare“ = trösten. Uns scheint: Das führt weiter! Bitte folgen Sie uns gedanklich: Wir formulieren Ihre Titelunterschrift (Sie wissen ja, im FT vom Heiligen Abend) um in die „Insel der Getrösteten“. Wir steigern das Ganze noch zur „Insel derer, die nicht ganz bei Trost sind“. Damit wäre die Situation beschrieben, die entstünde, wenn Ihnen im März 2000 genauso viele BambergerInnen das Bild von einem konsequenten, ökologisch denkenden und sparsam haushaltenden OB abnehmen würden, wie vor sechs Jahren.
Das aber, Herr Oberbürgermeister, glauben wir nicht! Denn, wie wurden Sie im FT zitiert? Bamberg „hat sich insgesamt gut entwickelt“.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre GAL-Fraktion

Rückblick in die Zukunft: Die Ära Sowa

Das erste Jahr der erfolgreichen Amtszeit von Oberbürgermeisterin Ursula Sowa

2. April 2000: Sensation in Bamberg – Ursula Sowa gewinnt OB-Stichwahl.

3. April 2000: Bei der ersten Referentenbesprechung nach der Abwahl Lauers übergibt Rechts- und Wirtschaftsreferent Robert Gegenfurtner dem noch bis 1. Mai amtierenden OB sein Rücktrittsschreiben.

2. Mai 2000: Bei ihrer offiziellen Amtseinführung bietet die neue Oberbürgermeisterin allen politischen Kräften im Rathaus eine faire Zusammenarbeit an und skizziert ihre Vision vom „nachhaltigen" Bamberg, für dessen Realisierung sie um Unterstützung bei allen Fraktionen und vor allem bei den Bamberger Bürgerinnen und Bürgern wirbt.

23. Mai 2000: In der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftssenats wird dem Stadtrat der 1. Nachtragshaushalt für das Jahr 2000 präsentiert – mit „ungeschönten Zahlen", wie OBin Sowa betont. Die erstmals realistisch angesetzten Einnahmen bei der Gewerbesteuer und bei den Schlüsselzuweisungen überzeugen die Stadtratsmehrheit von der Notwendigkeit eines Neuanfangs.
Die Konsolidierung der Stadtfinanzen kann jetzt wirklich beginnen.

8. Juni 2000: Gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten stellt Ursula Sowa ihre ersten Schritte zur Umsetzung des städtischen Frauenförderplans vor. „Ich will vor allem den Frauenanteil in den Führungsämtern, also auf der Amts- und Abteilungsleiterebene, gezielt vergrößern." Außerdem soll nach den Sommerferien der „1. Bamberger Mädchentag" durchgeführt werden, bei dem die Ansprüche und Wünsche junger Frauen an die Bamberger Kommunalpolitik im Mittelpunkt stehen sollen.

11. Juli 2000: Ursula Sowa will neue Wege in der Bamberger Kulturpolitik gehen. „Vernetzung" der verschiedenen Einrichtungen und besseres Management sollen dazu beitragen, die Qualität des Kulturangebots zu erhalten und sogar zu steigern und dabei die städtischen Zuschüsse auf Dauer zu senken. Als Beispiele nannte die GAL-Oberbürgermeisterin eine bessere Vermarktung des Spiegelsaals im sanierten E.T.A.-Hoffmann-Theater und eine Verringerung des Betriebszuschusses für die Konzerthalle.
Einen neuen Akzent in der Bamberger Kulturlandschaft soll das Festival mit experimenteller Musik „Klangwolken über Bamberg" setzen.

27. September 2000: Die Vollsitzung des Stadtrats verabschiedet das „Verkehrskonzept 2000". Es wurde auf der Grundlage des ursprünglichen Bamberger Verkehrskonzepts aus dem Jahr 1993 in einem bürgerInnenfreundlichen Moderations- und Mediationsprozess entwickelt, an dem alle relevanten Gruppen und Betroffenen teilnahmen. Gegenstimmen gab es lediglich von Altbürgermeister Rudolf Grafberger und BBB-Stadtrat Norbert Tscherner, die auf ihr altbekanntes „Wir brauchen eine Bergverbindung" nicht verzichten wollen.

19. Oktober 2000: Die Stadt Bamberg und die angrenzenden Umlandgemeinden einigen sich darauf, einen Gewerbeflächen-Zweckverband zu gründen. Als erster Schritt dazu wird beschlossen, ein Flächenkataster zu erstellen, das die bereits vorhandenen und in Aussicht genommenen Wohn- und Gewerbegebiete hinsichtlich ihrer Eignung und Umweltverträglichkeit überprüft und bewertet.

28. Oktober 2000: „Sowa nutzt Verbindungen nach Berlin" titelt der FT einen Artikel, in dem die Wiedererhöhung des Bundeszuschusses für die Bamberger Symphoniker gemeldet wird. Im Gegenzug hat die GAL-Oberbürgermeisterin mit der Orchesterleitung vereinbart, dass die Symphoniker ihren Zuschussbedarf in den nächsten fünf Jahren durch verbesserte Wirtschaftlichkeit und Einnahmeerhöhungen um insgesamt 10 Prozent abbauen werden.

16. November 2000: Ursula Sowa unterzeichnet einen städtebaulichen Vertrag mit der Firma Siemens, der die Grundlage für ein Brennstoffzellen-Technologiezentrum in Bamberg ist. „Neben dem geplanten Solar- und Energiesparzentrum auf dem ehemaligen ERBA-Gelände ist dieses Zentrum der zweite Schritt zu einer zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur in Bamberg", betont die grüne OBin.

20. Dezember 2000: Der Stadtrat verabschiedet mit knapper Mehrheit, aber mit Stimmen aus allen (!) Fraktionen den ersten Haushalt der Ära Sowa. Ein Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung, aber auch mit nachvollziehbaren finanziellen Einschnitten und einer Erhöhung der Gewerbesteuer auf 400 Punkte. Die neue Oberbürgermeisterin geht bei den Kürzungen mit einer Halbierung ihres Repräsentationsetats mit gutem Beispiel voran und setzt mit einer Erhöhung der Mittel für Sanierung und Einrichtung der Schulen einen deutlich eigenen Akzent.

10. März 2002: Die Kommunalwahlen bringen eine klare Bestätigung des politischen Kurses von Ursula Sowa. Die GAL erhält 24 Prozent der Stimmen und stellt damit nach der CSU (33%) die zweitstärkste Fraktion. SPD (20%) und ÜBG (12%) landen auf den Plätzen drei und vier.
Michael Wehner kommentiert im FT: „Die Bamberger haben – ungeachtet ihrer eigentlichen Parteipräferenz – deutlich gemacht, dass sie die konsensorientierte Politik Ursula Sowas unterstützen. Wer im Stadtrat und der Öffentlichkeit das altbekannte Muster der Konfrontation und Polemik weiterverfolgt hat, ist vom Wahlbürger heftig abgestraft worden."

Bremser im OB-Sessel

Sechs Jahre Lauer – Eine laue Bilanz

Seit Wochen geht Oberbürgermeister Herbert Lauer in der Öffentlichkeit mit diversen Erfolgsbilanzen seiner Amtszeit hausieren. Das ist legitim. Die gaz misst den Amtsinhaber an den Versprechungen*) des Kandidaten Herbert Lauer, der seinen damaligen Wahlkampf unter das Leitmotiv „Vertrauen" stellte.

1. Verkehrspolitik

„Für das Berggebiet könnte die Verwirklichung des Stucke-Gutachtens eine Verbesserung der Situation bewirken. Wenn die Mehrheit der Bürger im Berggebiet sich dafür gewinnen lässt, bin ich für den vorgeschlagenen Versuch. Ich werde dafür werben."

Lauer hat weder für das Stukke-Konzept geworben, noch hat er sich für dessen Realisierung eingesetzt. Im Gegenteil: In der Verkehrspolitik hat er sich immer mehr der Position der CSU (keine Verkehrsberuhigung, sondern neue Straßen und Parkhäuser) angenähert. „Höhepunkt" dieses Wandlungsprozesses war sein Vorschlag, eine landschafts- und naturzerstörende Straße durch den Ottobrunnen zu bauen.

2. ICE-Strecke Nürnberg-Erfurt

„Ich stehe dem Projekt (...) sehr skeptisch gegenüber. Wenn der Wirtschaftsraum Bamberg letztlich nur Transitstrecke ist, kann man nicht viel erwarten."

Aus dem ICE-Skeptiker Lauer wurde binnen weniger Jahre der glühende Befürworter dieser – durch die rot-grüne Bundesregierung glücklicherweise verhinderten – unwirtschaftlichen und zudem naturzerstörerischen Strecke. Der wohl größte „Umfaller" in Lauers Amtszeit.

3. Zusammenarbeit mit dem Bamberger Umland

„Meine guten Kontakte zum Umland möchte ich nutzen, um zunächst den Umdenkungsprozess im Sinne von mehr Miteinander voranzubringen und dann z.B. über eine kommunale Arbeitsgemeinschaft zu einem Gewerbeflächenzweckverband zu kommen. Es muss sowohl bei der Standortwerbung als auch bei der Planung und Gewerbeansiedlung zusammengearbeitet werden."

Bei der Zusammenarbeit mit dem Umland gibt es Erfolge, allerdings nicht auf Betreiben Lauers. Das gemeinsam mit dem Landkreis realisierte Gründerzentrum und die Gründung des Zweckverbands Gymnasien – letzteres eine alte GAL-Forderung – sind gewiss positiv zu bewerten. Die erfreulichen ersten Ansätze für eine Zusammenarbeit mit der Stadt Hallstadt bei der weiteren Entwicklung des Laubangers stagnieren bereits wieder. Grund: Eitelkeiten auf beiden Seiten wie eh und je. Und von einem Gewerbeflächenzweckverband und einem gemeinsamen Standortmarketing sind wir unter Lauers Regie noch Lichtjahre entfernt.

4. Klimaschutz und Umweltpolitik

„Wenn der Beitritt zum Klimabündnis nicht nur eine Geste bleiben soll, sind größere Anstrengungen nötig. (...) Die Stadtwerke müssen (...) den sparsamen Energieeinsatz, die Umstellung auf umweltfreundliche erneuerbare Energieträger sowie energiesparende Technologien durch Beratung, eigenes Engagement und entsprechende Tarifgestaltung fördern. (...) Umweltschutz ist Zukunftspolitik."

Das glatte Gegenteil ist eingetreten: Der Umweltschutz fristet unter Lauer ein Schattendasein. Das Umweltreferat würde er am liebsten ganz abschaffen. Fortschritte beim Klimaschutz sind weder im Verkehrsbereich noch im „eigenen Haus" (Stichwort: Energieeinsparung durch kommunales Gebäudemanagement) spürbar. Beim Agenda 21-Prozess sitzt der größte Bremser im OB-Sessel. Und die Stadtwerke hat Lauer teilweise an die Bayernwerk-Tochter EVO verkauft. Damit sind sie als wohl wichtigstes Instrument einer umweltverträglichen kommunalen Energiepolitik verloren.

5. Die schlechten städtischen Finanzen

„Vieles davon ist hausgemacht. So müssen u.a. für viele Investitionen der vergangenen Jahre Schuldendienst und Folgekosten bezahlt werden. (...) Es besteht die Gefahr, dass die Einnahme-Ansätze für den Stadthaushalt 1994 unrealisitisch hoch angesetzt worden sind. (...) Gespart werden muss (...) durch viele kleine Maßnahmen: z.B. weniger Repräsentation und Verzicht auf teure Großveranstaltungen."

Bei der Sanierung der maroden städtischen Finanzen ist Lauer auf der ganzen Linie gescheitert. Der Schuldenberg der Stadt Bamberg wächst schier unaufhaltsam weiter. Bei den Repräsentationsausgaben hat Lauer nur spärliche Kürzungsversuche gemacht. Großveranstaltungen wie die Andechs-Meranier-Ausstellung haben immense Defizite eingefahren. Die Groß-Sanierung des Theaters wird den Stadthaushalt auf Jahre hin mit Zins- und Tilgungslasten sowie steigenden Betriebskosten belasten.

6. Wohnungspolitik

„Zur notwendigen Entspannung auf dem Wohnungsmarkt kann die Stadt selbst in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften beitragen: z.B. indem sie ihre Förderleistungen verbessert, günstiges Bauland zur Verfügung stellt (...). In den Bebauungsplänen sollte die Stadt einen bestimmten Anteil von Sozialwohnungen festsetzen."

Mit der Realisierung des Wohnbauland-Modells auf dem „Usselmann-Gelände" hat Lauer zwar dazu beigetragen, günstiges Bauland für Bamberger Familien anzubieten – allerdings an einer städteplanerisch dafür ungeeigneten Stelle. Die Forderung nach einem bestimmten Anteil von Sozialwohnungen in neuen Bebauungsplänen wurde dagegen nur beim Neubauprojekt der St.-Joseph-Stiftung auf dem Robert-Mayer-Gelände eingelöst. Umgesetzt ist sie auch dort noch nicht – weil Lauer die städtischen Zuschüsse für den Bau der Sozialwohnungen sparen will.

7. Sozialpolitik

„Durch eine abgestimmte Sozialplanung können z.B. Einsparungen durch Koordinierung/Vernetzung der professionellen Dienste erzielt werden. Für eine menschliche Gesellschaft ist es wichtig, dass auch Selbsthilfeaktivitäten und bürgerschaftliches Engagement im sozialen Bereich gefördert werden."

Von einer „abgestimmten Sozialplanung" kann in Bamberg leider nicht die Rede sein. Der Altenhilfeplan ist Stückwerk geblieben. Eine Untersuchung der konkreten Lage älterer Bürger/innen in den einzelnen Stadtteilen wurde nicht durchgeführt. „Versorgt" wurden lediglich die Träger der stationären Altenhilfe, die für ihre Planungen jetzt Investitonssicherheit haben. Modellhafte Selbsthilfeaktivitäten wie die „Koordinationsstelle für Selbsthilfegruppen" (KOS) wurden unter Lauer nicht ausreichend gefördert und mussten ihre Arbeit einstellen.

Fazit: Unter dem Strich bleibt eine laue Bilanz: Unter Lauer hat sich zwar das Klima im Stadtrat verbessert, er blieb aber ein blasser Verwaltungsbürokrat ohne echtes politisches Profil, ein OB des Mittelmaßes. Mit der Aufgabe, Bamberg in schwierigen Zeiten ins 21. Jahrhundert zu führen, ist er – deutlich überfordert.

**) Alle Zitate Lauers sind wortgetreu und stammen aus Wahlkampfveröffentlichungen des Jahres 1994.*

Miese Stimmung, Frust und leere Schaufenster – Bamberg fehlt neuer Schwung. Foto: Erich Weiß

Auslesestress, Betreuungsstress, Behördenstress

Die Schule ist kein reines Vergnügen, besonders wenn die bayerische Schulreform droht.

Gelungenes Beispiel für die Schule als Lebensraum: Bei der Neugestaltung des Schulhofes der Gangolfschule wurden Kinder und Eltern miteinbezogen. Gemeinsam mit dem Baumobil (ein Zusammenschluss aus Spielmobil, Gartenamt und Lebenshilfe) entwarfen und bauten Kinder und Eltern ihren „Spielhof" und bekamen sogar eine in Bamberg noch einzigartige Wippe. Foto: Erich Weiß

Eine Schulreform nach der anderen „beglückt" die Bamberger Schullandschaft. Doch was die Schreibtische des Kultusministeriums verlässt, ist oftmals unausgegoren und kurzsichtig: sechsstufige Realschule, verlässliche Halbtagsschule, Praxis-Klassen. Die Stadt dagegen legt – mangels Zuständigkeit – die Hände in den Schoß und versäumt es, die berechtigten Interessen von Kindern, Eltern und Schulen ausreichend zu unterstützen

R 6: gesteigerter Leistungsdruck

Vergleicht man das Selbstbild deutscher und dänischer SchülerInnen, so lässt sich bei deutschen Kindern ein Einbruch im Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten in der 4. Klasse feststellen, der bei den dänischen Kindern, die keine Übertrittsauslese kennen, nicht vorhanden ist. Durch die Einführung der sechsstufigen Realschule wird dieser Druck noch verstärkt. Nach einer Untersuchung aus dem Jahr 1997/98 nehmen Schulunlust, Konkurrenzverhalten und Leistungsdruck bei GrundschülerInnen in Gegenden zu, in denen bereits die sechsstufige Realschule eingeführt wurde.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Entscheidung des Stadtrats, im Schuljahr 2000/2001 an der Graf-Stauffenberg-Schule die R6 einzuführen, in Frage zu stellen: Sind die 600.000 DM Personalmehrkosten, die die Stadt dafür zu tragen hat, sinnvoll eingesetzt?

Das Volksbegehren „Das bessere Schulkonzept" fordert dagegen eine Schulreform, die den „Auslesestress" verringern soll:

1. Die Kinder können nach der 4. Klasse in das Gymnasium oder in eine gemeinsame Aufbaustufe gehen. Danach haben sie eine zweite Chance, aufs Gymnasium zu wechseln, die Möglichkeit, auf die Realschule zu gehen oder die Hauptschule zu besuchen.

2. Die wohnortnahe Hauptschule soll zur Haupt- und Mittelschule ausgebaut werden, an der auch der Realschulabschluss erworben werden kann.

3. Die Eltern entscheiden nach eingehender Beratung mit den LehrerInnen in eigener Verantwortung über die Schullaufbahn ihrer Kinder.

Halbtagsgrundschule: lähmendes Behördengerangel

Ein weiterer schulpolitischer Schnellschuss der bayerischen Staatsregierung war die Einführung der kind- und familiengerechten Halbtagsgruvndschule. Was sich auf den ersten Blick vielversprechend ausmachte – eine durchgehende Betreuung der Grundschulkinder von 7 bis 13 bzw. 14 Uhr -, geriet in der Realität zum Verantwortungswirrwarr und Behördenklinch. Das Kultusministerium schlug u.a. die Mittagsbetreuung in den Kindergärten vor, das Sozialministerium lehnte es hingegen ab, Grundschulkinder auf noch freien Kindergartenplätzen aufzunehmen oder Räume und Personal zur Verfügung zu stellen. Die Schulen konnten Raum- und Personalbedarf ebenso wenig decken, und die Eltern waren verständlicherweise auch nicht davon begeistert, die von oben verordnete Betreuungspflicht nun doch wieder eigenorganisatorisch zu schultern.

Ebenso wenig wie die Organisation war auch die Finanzierung geregelt, bis auf magere Zuschüsse versprach die Münchner Ministerin Monika Hohlmeier nichts. Die Stadt fühlte sich schon gar nicht zuständig, was Finanzreferent Heinz Faust deutlich machte: „Das ist ein staatliches Problem – da sind wir bockbeinig..." Damit hatte Faust zwar im Prinzip Recht, den Familien hilft solches Zuständigkeitsgezanke jedoch kaum weiter.

Die Stadt Bamberg machte in dem ganzen Chaos keine gute Figur: Eigentlich am direktesten mit den Problemen konfrontiert hätte die Stadtverwaltung die Partei der Kinder, Eltern und Schulen ergreifen müssen und gegenüber dem Freistaat eine ordentliche Finanzierung und Organisation einfordern müssen. Stattdessen wies man gerne die Verantwortung weit von sich und war möglichst darauf bedacht, sich mit dem leidigen Thema erst gar nicht befassen zu müssen.

Praxis-Klassen: verspielte Chancen

Unausgereift war auch die Einführung von so genannten Praxis-Klassen mit dem Schuljahr 1999/2000. Der Grundgedanke, Jungen und Mädchen mit schlechten Aussichten auf den normalen Hauptschulabschluss, über eine mehr praxisbezogene Schulausbildung besonders zu fördern, ist ja ansprechend. Auf Skepsis stößt allerdings die Ausführung, die diese Jungen und Mädchen in extra „P-Klassen" zusammenfasst, also eine deutliche Ausgrenzung vornimmt. Immerhin – es wäre ein Anfang gewesen, neue Chancen für die Zukunft dieser Jugendlichen zu finden. Aber nicht einmal eine einzige Praxis-Klasse kam in Bamberg zustande. Und wieder das gleiche Spiel: Zum einen unausgegorene Vorgaben aus München – zum anderen allenfalls halbherziges Engagement bei der Stadt. Auf der Strecke bleiben wieder die Jugendlichen.

Vor 10 Jahren in der GAL-Zeitung

Parkhaussucht

Typisches Suchtverhalten legen die Bamberger Kommunalpolitiker an den Tag, wenn es um Parkhäuser und Tiefgaragen geht: Die Dosen werden immer größer, der Abstand zwischen den „Schüssen" immer kleiner.

Begonnen hat diese Sucht schon vor fast zwanzig Jahren mit dem Bau der Tiefgarage unter dem Maxplatz. Konnte man damals zunächst noch hoffen, daß dies ein einmaliger Ausrutscher war, so wurden wir Anfang der achtziger Jahre leider eines schlechteren belehrt. Die verantwortlichen Verkehrspolitiker von CSU und SPD waren auf den Geschmack gekommen und genehmigten sich das Parkhaus Schützenstraße und die Tiefgarage Geyerswörth. Damit war der Bann gebrochen, die Parkhaus-Sucht nahm schnell besorgniserregende Ausmaße an. In immer kürzeren Abständen wurden jetzt die „Trips" geworfen: Tiefgarage Theatergassen, Tiefgarage Altes Krankenhaus.

Und schon liegen neue Exemplare des Suchtmittels bereit: Tiefgarage Bamberg-Mitte, Tiefgarage Deutsches Haus, Parkhaus Georgendamm. Wohin das führen wird? Zum (Verkehrs-)Kollaps, höchstwahrscheinlich. Und ob dagegen gar nichts zu machen ist? Doch, schon. Helfen würde eine radikale Entziehungskur, die Patienten müßten für einige Jährchen von den Schalthebeln der Verkehrspolitik entfernt werden. Und um einen Rückfall zu verhindern, darf das Thema „Parkhäuser" im Rathaus ganz einfach nicht mehr erwähnt werden...

Diese Glosse stand in der GAL-Zeitung Nr. 30 vom Dezember 1990.

Vertrauen verspielt

Herbert Lauer erhielt bei seiner Wahl vor sechs Jahren u.a. Unterstützung von der ödp – mit dem Slogan: „Wir vertrauen Herbert Lauer". Inzwischen hat er diesen Vertrauensvorschuss verspielt.

1994: In der Wahlkampfzeitung stattSprüche war der ÜBG an Lauer wichtig: „Er hat Rückgrat, seine parteipolitische Unabhängigkeit zu verteidigen." Die F.D.P. votierte einstimmig für Lauer: „Mit entscheidend ist der Wille, der ‚Großen Koalition' im Rathaus (aus CSU und SPD) eine Alternative gegenüberzustellen." Die ödp unterstrich: „Bamberg benötigt einen Oberbürgermeister, dem Ökologie weder Fremd- noch Schlagwort ist."

2000: Herbert Lauer hat seine Unabhängigkeit aufgegeben, lässt sich von der CSU offiziell als OB-Kandidat nominieren und gleichzeitig die Mitgliedschaft in der ÜBG ruhen. F.D.P. und ödp unterstützen Herbert Lauer nicht mehr und sehen sich – ebenso wie viele Wählerinnen und Wähler – in ihrem Vertrauen ge- und enttäuscht.

Rückblick auf die Amtsperiode Herbert Lauers: Mit ihm als Oberbürgermeister kam es zu einer neuen Offenheit im Stadtrat und in der Verwaltung. Allenthalben war davon die Rede, dass sich die Atmosphäre wesentlich entspannt habe. Trotzdem fiel schon nach einiger Zeit auf: Der neue Mann an der Stadtspitze scheut oftmals klare Festlegungen und lässt Führungsstärke vermissen.

Im Stadtratswahlkampf 1996 stellte sich die ödp in ihrer Wahlkampfzeitung mit Blick auf Lauers übervorsichtiges und oftmals sehr CSU-konformes Verhalten bereits die Frage: „Ist er wirklich so lau oder lauert er auf neue Mehrheiten?" Nachdem die CSU dann abermals die absolute Mehrheit verpasste, eröffneten sich Herbert Lauer neue Chancen. Doch nun ging der Oberbürgermeister noch stärker auf CSU-Kurs.

So wandelte er sich quasi über Nacht vom ICE-Gegner zum glühenden Befürworter. In der Verkehrspolitik kam es zum Dauerstillstand und selbst beim Bürgerentscheid zur Bergverbindungsstraße taktierte der Oberbürgermeister. Die Haushaltssituation verschlechterte sich der Stadt drastisch. Stagnation ist das Kennzeichen der lauen Ära.

Unterstützung gewonnen

Ursula Sowa überzeugt über Parteigrenzen hinweg. Deshalb erhält die Fraktionsvorsitzende der GAL bei ihrer OB-Kandidatur auch die Unterstützung des Kreisverbandes der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp).

Ihr politisches Engagement beruht auf Grundüberzeugungen, die sie – anders als der Amtsinhaber – auch bei Gegenwind vertritt. Ursula Sowa ist gestaltungsfreudig und phantasievoll, ohne den Blick für die Realitäten und die angespannte Finanzsituation zu verlieren. So verwundert es nicht, dass sich der ödp-Kreisverband in einer geheimen Abstimmung ohne Gegenstimme dafür aussprach, die Kandidatur der freiberuflichen Architektin aktiv zu unterstützen.

Ursula Sowa repräsentiert die Mehrheit der Bamberger Bürgerinnen und Bürger, die vor einem guten Jahr beim Bürgerentscheid gegen die Bergverbindungsstraße gestimmt haben. Während Herbert Lauer – wie üblich – wieder einmal taktierte, ergriffen andere die Initiative zur Zusammenarbeit, um gemeinsam Bamberg zu bewahren. Ursula Sowa war hier eine der treibenden Kräfte, die unterschiedlichen Gruppen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Ihr ist es gelungen, Brücken zu schlagen und trotzdem das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Sie ist somit auch die eigentliche Herausforderin des Amtsinhabers.

Lauer sucht im Stadtrat zunehmend Mehrheiten um der Mehrheiten willen und hat dafür gar seine Unabhängigkeit gegen die kurze Leine der CSU-Fraktion eingetauscht. Dagegen geht es Ursula Sowa um Gestaltungsmehrheiten für ein zukunftsfähiges Bamberg. Ideen, Kreativität und Gestaltungsfreude sind gefragt, um Bamberg und die Region voran zu bringen. Zögerlichkeit, Sowohl-als-auch-Haltungen und eine in Drittrangigkeiten verliebte Verwaltungsmentalität haben zu lange städtische Entwicklungsmöglichkeiten blockiert. Am 19. März haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, hier eine Kurskorrektur vorzunehmen.

Deshalb: Diesmal Damenwahl!

Andreas Becker, ödp-Kreisvorsitzender

Unterstützen Sie die „bessere Schulreform"!

- Aufbaustufe statt Auslesedruck
- Haupt- und Mittelschule statt Schulsterben
- Elternverantwortung statt Elternbevormundung

Eintragungsfrist im Rathaus: 15.-21.2.2000 (Pass nicht vergessen!)

„Erfolg ist schon, nicht noch weiter abzurutschen“

Besuch bei „Menschen in Not“ in St. Martin – Die Situation von Wohnungslosen in Bamberg ist mehr als dürftig.

Jeden Dienstag Vormittag und Donnerstag Nachmittag hat in St. Martin ein kleiner Raum geöffnet, wo es warme Getränke und Gebäck gibt. Mit diesem Treffpunkt bietet das Projekt „Menschen in Not“ für wohnungslose und strafentlassene Bamberger und Bambergerinnen nicht nur eine Anlaufstelle zum Aufwärmen und für soziale Kontakte, sondern auch Hilfe und Beratung im Alltag. Das vom Caritas-Verband und dem Diakonischen Werk in Zusammenarbeit mit der Ehrenamtlicheninitiative „Mt 25“ getragene Projekt versucht seit 1998, Menschen in Not Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Eine Reportage.

Foto: Erich Weiß

„Vo welchä Zeidung sin Sie? Vo die Grüna??? Na, die kannst doch vergessn!“ Mein Einstieg ist nicht besonders gut. Die Männer am Tisch reagieren verächtlich und abwehrend, als ich mich vorstelle und sage, dass ich von der GAL bin. Einer nickt, „jaja, die GAL-Zeitung kenn ich“ – aber er schüttelt nur den Kopf. Ein anderer meint, die Grünen seien ja nicht regierungsfähig und auch sonst zu nichts zu gebrauchen, ein paar Seitenhiebe kriegen die Roten und Schwarzen auch noch ab. Dann wendet man sich wieder Tee, Stollen und Zigaretten zu und weist Neuankömmlinge zurecht: Tür zu, es zieht!

War denn eigentlich zu erwarten, dass die Leute hier frisch von der Leber weg erzählen – wie's ihnen geht, wie sie leben, mit welchen Problemen, Krankheiten, Gefühlen? Die Biographien der Menschen hier sind in unserer Gesellschaft nicht gerade vorzeigbar, im Gegenteil, sie sind Grund für Ausgrenzung. Das Leben ohne eigene Wohnung findet am Rande der Gesellschaft statt, in Notünterkünften, umherziehend von einem Unterschlupf bei Bekannten zum nächsten oder ganz einfach auf der Straße ohne jedes Obdach.

An die 20 Männer und ein paar Frauen sitzen am Dienstag Vormittag rund um den Tisch in dem kleinen Raum in St. Martin, der zugleich Treffpunkt, Kaffeeküche, Beratungsstelle und Kleiderkammer ist. Draußen regnet es, hier drin dagegen ist es warm, ziemlich verraucht, aber doch herrscht irgendwie eine gemütliche Stimmung zwischen Plaudern und Lachen, Diskutieren und Politisieren. Die Leute, kommen offenbar gern hierher, jedenfalls ist kein Stuhl mehr frei.

§ 72, Abs. 2, Bundessozialhilfegesetz:
„Aufgaben der Kommune im Bereich Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.
Die Hilfe umfasst alle Massnahmen, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten, vor allem Beratung und persönliche Betreuung für den Hilfesuchenden und seine Angehörigen, Hilfen zur Ausbildung, Erlangungund Sicherung eines Arbeitsplatzes sowie Ma–nahmen bei der Erhaltung und Beschaffung einer Wohnung.“

Zwei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen kochen und servieren Kaffee, Tee, Stollen und Hörnla, spülen ab, verteilen Kleidungsstücke – auch ich bekomme ein Tasse Pfefferminztee und stehe etwas verloren in einer Ecke herum.

Martin Weiss-Flache erklärt mir die Situation der Leute, die ohne eigene Wohnung oder gar ohne Obdach leben müssen. Er ist der einzige hauptamtliche Angestellte des Projekts „Menschen in Not“ und er ist für die Männer und Frauen schlichtweg da: Sei es, wenn jemand bei seinem Antrag auf Sozialhilfe oder anderen Behördengängen Hilfe braucht, sei es, dass einfach menschliche Anteilnahme gefragt ist, weil wieder mal das Bein schmerzt oder Stress in der Unterkunft einem das Leben schwer macht.

Es fehlt am Nötigsten

Es gibt in Bamberg schon einige Anlaufstellen für Menschen, die am unteren Ende der sozialen Leiter stehen: zweimal in der Woche einen Mittagstisch der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde, jeden Tag stellen mehrere Klöster Bedürftigen ein warmes Mittagessen, neuerdings hat auch das Haus in der Sutte an zwei Nachmittagen pro Woche wieder geöffnet und bietet Duschen, Wäschewaschen und ein warmes Fernsehzimmer an. Es gibt kostenlose Lebensmittel beim Vinzenzverein St. Otto und ganz billige im Josefsladdchen. Und dennoch fehlt es in Bamberg am Nötigsten für Leute, die es allein nicht schaffen, in unserer Leistungsgesellschaft wieder Fuß zu fassen.

Hie und da ein Essen, ein bisschen Geld, eine Notunterkunft – das ist nur oberflächliche Hilfe, meint auch Martin Weiss-Flache. Was fehlt, ist ausreichende Betreuung, Hilfe zur Selbsthilfe, ein Unter-die-Arme-Greifen, wie es das Projekt „Menschen in Not“ leisten will. Aber eben nur bedingt leisten kann – mit lediglich einem hauptamtlichen Mitarbeiter.

Dach über dem Kopf genügt nicht

„Im Obdachlosenheim in der Theresienstraße beispielsweise sind bedürftige Männer zwar erst mal untergebracht und haben ein Dach über dem Kopf“, berichtet Martin Weiss-Flache, „aber sonst kümmert sich keiner um sie – bis auf einen Hausmeister, der auf Heizung, Wasserleitungen und sonstiges achtet, mit allem anderen aber überfordert ist.“

Was fehlt also? Jemand, der die Leute nicht nur von der Straße weg holt, sondern auch wieder in die Gesellschaft hinein. Jemand, der hilft, eine eigene Wohnung zu finden, ein gesichertes Einkommen zu bekommen, sei es über eine Arbeitsstelle oder über Sozialhilfe. Jemand, der Alkoholabhängige oder psychisch Kranke unterstützt, eine Therapie zu beginnen. Jemand, der den Kreislauf Straffälligkeit-Gefängnis-Obdachlosenheim-Straffälligkeit durchbrechen hilft. Oder auch jemand, der einfach nur darauf achtet, dass die Zimmer reinlich gehalten werden und das Zusammenleben miteinander funktioniert.

Betreuungsangebot ist Pflichtaufgabe der Stadt

In anderen Städten, so Weiss-Flache, gibt es solche Formen des betreuten Wohnens – in Bamberg nicht. Obwohl es sich dabei eigentlich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Stadt handelt – aber welche Rathaus-Lobby haben schon sozial entwurzelte Menschen?! Es wäre eine politische Aufgabe des Stadtrats, ausreichende Finanzmittel bereitzustellen, damit z.B. das Sozialamt einen oder mehrere Mitarbeiter speziell mit solchen Aufgaben betrauen kann.

Martin Weiss-Flache und seine Helfer und Helferinnen von „Menschen in Not“ arbeiten in diese Richtung. Aber sie sind noch ganz am Anfang. Von einer „Erfolgsquote“ mag der ausgebildete Theologe denn auch nicht gern sprechen. „Erfolg heißt für mich schon, wenn ein weiterer sozialer Abrutsch verhindert wird.“ Dabei hat er durchaus Handfestes vorzuweisen: Immerhin 10 Menschen fanden mit seiner Hilfe dauerhaft eine eigene Wohnung, zwei konnten einen Therapieplatz ergattern – wichtige erste Schritte hin zu einer „gesellschaftlichen Normalität“.

Das nächste Ziel von „Menschen in Not“ ist die Einrichtung einer tagsüber geöffneten größeren Wärmestube für wohnungslose Menschen, wo sie mit kleineren Speisen und Getränken versorgt werden, die Möglichkeit zum Duschen und Wäschewaschen haben, aber auch soziale Beratung in Anspruch nehmen können. Ein Haus in der Unteren Königstraße steht schon in Aussicht, derzeit werden noch Renovierungsarbeiten durchgeführt. Bei der Finanzierung ist auch die Stadt wieder gefordert und wird sich zwangsläufig an ihre unerfüllten Pflichtaufgaben nach Bundessozialhilfegesetz erinnert sehen.

„Menschen in Not“
Kontakt über Martin Weiss-Flache, Tel. 9828119 oder 0171/1468449
Spendenkonto: 10 900 249 9 bei Liga Spar- und Kreditgenossenschaft (BLZ 750 903 00)

„Netz von Solidarität“

Aufs Bundesozialhilfegesetz gibt die Frau, die am Dienstag Vormittag am Tischende sitzt, sicher wenig. Stolz zieht sie eine Tischlampe mit großem buntem Schirm aus einer Plastiktüte – ein guter Kauf, der allgemein Bewunderung findet. „Das Schönste ist“, sagt Martin Weiss-Flache, „dass Freundschaften unter den Leuten entstehen, dass sie aneinander Anteil nehmen und sich auch gegenseitig besuchen – ein richtiges kleines Netz von Solidarität.“ Während eine Helferin Hemden im Kleiderregal sortiert, prüft der Mann, der die Grünen, die Roten und die Schwarzen für gleichermaßen unfähig hält, mit kritischem Blick ein paar warme baumwollene Unterhemden. Mit einem „Des passt scho“ von seinem Stuhlnachbarn angetrieben, greift er schließlich zu und packt eines ein. Als ich gehe, hilft mir ein Kavalier der alten Schule in den Mantel.

Sylvia Schaible

Foto: Erich Weiß

GALliges

Elmshorn ist Gottseidank weit weg

Bamberg ist Gottseidank nicht Elmshorn und liegt Gottseidank auch nicht im Zuständigkeitsbezirk des Oberverwaltungsgerichts Schleswig-Holstein. Hier in Bamberg herrschen noch fränkische Zucht und Ordnung, und hier kann man sich solche Leute vom Halse halten, die mittten in der Stadt (womöglich in schönster Weltkulturerbe-Kulisse) herumlungern, ihren Dreck und Abfall auf die Straßen werfen, Leute anpöbeln und gar noch mit bunt gefärbten oder ungewaschenen Haaren das empfindsame Spießbürgerauge beleidigen.

Jawohl, hierzulande kann man das, mit Hilfe eines kommunalen Trinker-Paragraphen: Im § 7, Art. 1, Abs. 3 der „Satzung für die Benutzung öffentlichen Verkehrsgrundes der Stadt Bamberg“ wird nämlich ganz bestimmten Benutzungen die Erlaubnis versagt, und zwar dem „Verweilen bei gleichzeitigem Alkoholgenuss außerhalb der (...) zugelassenen Freischankflächen“. So lautet seit August 1996 das Bamberger Ortsrecht. Raffiniert gelöst, denn eine Satzung gegen das „Verweilen bei gleichzeitigem Tragen von bunten oder ungewaschenen Haaren“ wäre wahrscheinlich irgendwie nicht so gut angekommen. Deshalb also der Trick mit den Promille-Botteln, denn die unansehnlichen Punks, Penner und ähnlichen Subjekte haben ja verlässlicherweise immer irgendwelche Bierdosen oder Schnapsfläschchen dabei. Pech gehabt, wenn sie (rein zufällig) von der Polizei beim alkoholgenießenden Verweilen erwischt werden. Dann gibt's nur eines: Weg mit dem Gesocks!

In Elmshorn hingegen ist das ganz anders. Auch dort haben die Stadtoberen den Trick mit der kommunalen Trinkersatzung genutzt. Aber einer der Schmutzfinke hat doch glatt sein Recht auf Trinkverweilen eingeklagt und Recht bekommen. Das OVG Schleswig-Holstein befand, dass das Niederlassen zum Alkoholgenuss keine Sondernutzung sei, sondern vielmehr ein „Verhalten, das sich innerhalb der Grenzen des kommunikativen Gemeingebrauchs an öffentlichen Straßen und Plätzen halte“. Pfui Teufel!

Aber, wie gesagt, Bamberg ist ja Gottseidank nicht Elmshorn und muss sich Gottseidank auch nicht der richterlichen Gewalt irgendwelcher norddeutschen Gerichte unterwerfen. Bei uns wird das Straßenbild noch rein gehalten, das empfindsame Spießßbürgerauge kann sich am unverschmutzten Weltkulturerbe laben und die dürstende Spießbürgerkehle in zugelassenen und vermutlich gesindelfreien Freischankflächen mit Alkoholischem befriedigen – in fränkisch-kommunikativem Gemeingebrauch mit anderen wohlfrisierten Spießbürgerköpfen. Prost!

sys

Wer nicht fragt, bleibt dumm!

Das gilt auch für die Stadt: Sie muss auf Bürger und Bürgerinnen zugehen, um deren Ideen und Kompetenz zu nutzen

So könnte es sein: AnwohnerInnen planen mit städtischer Unterstützung die Innenhöfe ihrer Wohnblocks nach Familien- und Kinderfreundlichkeitskriterien. Der Entwurf des städtischen Haushaltes wird im Rahmen einer Konsultation den BürgerInnen vorgestellt. Elterninitiativen renovieren Kindergärten. Ehrenamtlich Engagierte erhalten Freikarten für Bus, Theater usw. – Bamberg auf dem Wege zur BürgerInnen-Stadt.

Projekte dieser Art im In- und Ausland sind kaum noch zu übersehen. Die Verwaltungen in den Städten machen sich schlau. Sie haben entdeckt: Eine Verwaltung trifft zielsicherer die Bedürfnisse ihrer BürgerInnen, wenn sie diese an Planungen und Entscheidungen beteiligt. So sichert sich eine Stadt die guten Ideen und Aktivitäten ihrer BewohnerInnen. Das Ausbleiben von Protesten spart sogar noch Geld.

Der Planungszirkel tagt

Eigenverantwortung fördern . . .

Diese Städte und Gemeinden haben ihre neue Rolle mit veränderten Aufgaben erkannt: Es geht heute nicht mehr darum, dass die Verwaltung in ihrer stadthoheitlichen Funktion das gesellschaftliche Leben gänzlich von oben herab entscheidet und bestimmt. Vielmehr wird das Gemeinschaftsleben von zahlreichen, vielfältigen und miteinander verflochtenen Aktivitäten einzelner Gruppen getragen. Erfolgreiche Kommunalpolitik nutzt diese Eigenprojekte, fordert und fördert Eigenverantwortung. Die Verwaltung muss sich deshalb von der Entscheidungsbehörde zum Organisator und Koordinator gesellschaftlicher Prozesse wandeln.

. . . statt BürgerInnen zu gängeln

Die Chancen des BürgerInnen-Engagements werden in Bamberg noch verkannt. Beteiligung beschränkt sich auf öffentliche Auslegungen und BürgerInnenversammlungen. Zwar wird Ehrenamtlichkeit in Kirchen und Vereinen gelobt. Aber BürgerInnen, die sich einmischen (Schutzgemeinschaft Alt-Bamberg, Verein „Bewahrt die Bergstadt"...), werden eher als Störenfriede gesehen. Mangelnde Akzeptanz bei Großprojekten (Mehrzweckhalle, Diskothekbau an der Kronacher Str.) wird von OB Lauer zwar lauthals beklagt, in die Planung einbezogen werden die betroffenen BürgerInnen jedoch nicht. Das Motto heißt nach wie vor: Der OB lädt brave BürgerInnen zur Anhörung ein – und entscheidet allein.

So wie für Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit das zentrale Qualitätskriterium ist, ist es für die attraktive BürgerInnen-Stadt der soziale Zusammenhalt und die Mitwirkung einer Vielfalt von AkteurInnen. Auch hier braucht Bamberg dringend Anstöße und Veränderungen.

In Bamberg Konzepte von Gestern

Die Verwaltungsspitze entwikkelt ein Leitbild für Verwaltung und Stadt. MitarbeiterInnen werden nicht beteiligt, die BürgerInnen zur Diskussion untauglich beworben. Für eine umfassendere Beteiligung ist weder Geld noch Zeit da. Die Entwicklung eines Stadtlogos wird nicht mit denen diskutiert, die sich mit dem Logo identifizieren sollen. Die Entwicklung wird für 40.000 DM an ein Grafikbüro vergeben. Eine Koordinationsstelle für Selbsthilfegruppen stellt ihre Arbeit mangels ausreichender Unterstützung ein. Straßenfeste, oftmals Einstieg in Projekte der Nachbarschaftsunterstützung, werden durch restriktive Genehmigungspraxis erschwert. Auf dem JungbürgerInnenfest am 6.1.2000 spricht der OB vor JungbürgerInnen, die JungbürgerInnen selbst kommen gar nicht erst zu Wort. Sozialplanung wird zwar praktiziert, Junge und Alte aber so befragt, dass Aussagen über die Bedürfnisse in konkreten Sozialräumen nicht gemacht werden können. Eine Diskussion der Ergebnisse in den Stadtteilen und mit den Betroffenen findet nicht statt.

Anderswo neue Wege zur Beteiligung

- Beschwerdemanagement in Form von Kummerkästen und Sorgentelefonen (Erlangen) Publikumsbefragungen (Karlsruhe)
- offene Verhandlungsarenen, in denen AnwohnerInnen mit Moderation dabei unterstützt werden, Wohngebietskonflikte anzugehen (Berlin),
- Haushaltskonsultation (in Gemeinden Baden-Württembergs)
- Runde Tische, Bürgerforen mit über 400 TeilnehmerInnen zur Leitbildentwicklung (Lindau)
- Projektfamilien für städtische Einrichtungen (Neustadt/Weinstraße)
- Planungszellen zur Wohngebietsentwicklung (Berlin)
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen (fast überall)
- Nachbarschaftsgruppen, die NeubewohnerInnen Unterstützung geben,
- „Lernfeste" zum Thema „Lernende Region" (Ansbach und Benediktbeuren)

HOFCAFÉ für Nachtschwärmer
• warme Küche bis Mitternacht
• vielseitige Abendkarte (auch vegetarisch)
• ab 23⁰⁰ Mitternachtsspecials (spezielle Kleinigkeiten)
• Cocktails, Weine, Biere im Hofcafé
Gutscheine für candle-light-dinner 3 - 4 Gänge Menü
Mo-Fr 8-1 Uhr
Sa 9-2 Uhr
So 9-1 Uhr
Austraße 14 · 96047 Bamberg
Telefon (0951) 2 54 47

Kurt Meier fährt ... Umzüge ... fast alles!
Gabelsbergerstr. 2
96050 Bamberg
Telefon (0951) 20 22 76

KOPIER+DRUCK LADEN
(im COPY SHOP) Fischstr. 8
96047 Bamberg Tel. 0951 / 98212-0
8.00 - 19.00 offen!
NEU! 4-farbiger Digital-Plot in jeder Größe! auch auf Stoff, Folie...
NEU! CD-Brenn-Service
NEU! 4-farbiger Laserdruck in Fotoqualität

RATHAUSMAGAZIN

Schulden, Schulden, nichts als Schulden

Bis jetzt ist aus Lauers großen Versprechungen, die Stadtfinanzen zu konsolidieren, leider nichts geworden. Zwar konnte in den vergangenen Jahren durch den ein oder anderen Geldsegen aufgrund höherer Gewerbesteuereinnahmen das Schlimmste verhindert werden, doch auch damit ist es jetzt zu Ende. Schlimmer noch: Den größten Teil der von der Telekom entrichteten Gewerbesteuern muss die Stadt wieder hergeben, und bereits für 1999 sind wesentlich weniger Steuern eingenommen worden, als veranschlagt. Das treibt die Verschuldung in die Höhe. Und im Jahr 2000 kann die Stadt – selbst bei größtem Optimismus – ihre laufenden Ausgaben nicht aus den Einnahmen decken, sondern muss in den Sparstrumpf greifen. Doch auch dieser ist bis auf den letzten Pfennig geleert, was wiederum nur dazu führen wird, dass 1,58 Mio DM neue Schulden gemacht werden müssen. Und das bei über 100 Mio Mark, mit denen die Stadt (ohne Stadtwerke, Klinikum und Entsorgungsbetrieb) ohnehin bereits in der Kreide steht. Bloße Haushaltskosmetik ist es da, wenn schuldenträchtige Bereiche wie der Kanalbetrieb in einen Eigenbetrieb ausgelagert werden. Die roten Zahlen finden sich dann zwar nichtmehr im städtischen Haushalt, sondern in einer gesonderten Bilanz – aber Schulden der Stadt und damit der Bürgerinnen und Bürger bleiben sie allemal.

„Unterlassener Bauunterhalt" – Bamberg muß nachsitzen

Dass die Stadt Bamberg in den letzten Jahren ihre Schulen teilweise hat verkommen lassen, ist nun schwarz auf weiß nachzulesen: in der Satzung des von Stadt und Landkreis neugegründeten „Zweckverbands Gymnasien". Die Stadt verpflichtet sich darin nämlich, acht Jahre lang jährlich 500.000 DM an „Sonderzahlungen" zu leisten, weil (so wörtlich in der Sitzungsunterlage für den Stadtrat) „bei drei Gymnasien (Dientzenhofer-, Franz-Ludwig- und Clavius-Gymnasium) aufgrund des baulichen Zustandes, der Raumsituation und der Ausstattung erheblicher Investitionsbedarf besteht." Dieser „in den letzten Jahren unterlassene Bauunterhalt" trat offen zu Tage, als Baufachleute aus Stadt und Landkreis gemeinsam die Schulgebäude inspizierten. Verständlicherweise wollte sich der Landkreis die offensichtlichen Mängel und Schäden nicht so einfach unterschieben lassen, so dass die Stadt nun eine 4-Mio-DM-Strafaufgabe aufgebrummt bekommen hat. Die GAL-Stadtratsfraktion beantragt übrigens seit Jahren bei den Haushaltsberatungen zusätzliche Mittel für Bauaufwendungen an Schulen, ist damit aber regelmäßig an der Mehrheit der anderen Fraktionen gescheitert.

Sprüch ausm Stadtrat:

Andreas Becker (ödp, Dreier-Fraktion): *„Vielleicht wird auch das nächste Jahr Überraschungen für uns bereithalten. Vielleicht am 19. März, vielleicht auch erst zwei Wochen später. Vielleicht werden wir dann sagen: Na SOWAs."*

Dieter Weinsheimer (ÜBG) zum Thema Landesgartenschau: *„Optimismus ist die Mutter des Erfolges."*

Wirtschaftsreferent Robert Gegenfurtner: *„Neue Sozialwohnungen brauchen wir nicht – derzeit stehen 18 leer."*

Josef Gehringer (REP) zur SPD-Fraktion: *„Ich hab mir Euern Mist aa ang'hört, jetzt müsst ihr meim zuhörn."*

Rudolf Grafberger (sei 30 Jahren CSU-Stadtrat): *„Wenn ich eine attraktive Stadt haben will, da muss ich halt was tun."*

Öko-logisch gut sortiert
Verlagsbuchhandlung colibri GmbH
Austraße 14
96047 Bamberg
Telefon 09 51 - 2 88 25

... natürlich Bequemschuhe für Erwachsene und Kinder
viele chromfreie Modelle für Allergiker
herausnehmbares Korkfußbett für lose Einlagen oder einfach zum Wohlfühlen
Damengrößen bis 43, Herrengrößen bis 48
Mit SCHUH-LECHNER sind Sie natürlich bequem unterwegs!
Bei uns erhalten Sie noch individuelle Beratung!
Bamberg, Heinrichsdamm 1, Tel. 20 12 66, Mo - Fr 10 18.30, Sa 10 - 14 (16) Uhr

Naturkost Lichtblick
Produkte aus kontrolliert biologischem Anbau
Fleischstr. 25 am Maxplatz
Tel: 0951/28010

Naturkost auf Tour mit Gemüse Abo-Kiste!!!
Wir bieten Ihnen täglich frisch in reicher Auswahl:
• knackiges Obst und Gemüse
• tolle Käsespezialitäten vom Stück
• köstliche, frische Milch sowie Joghurt, Sahne und Quark
bei uns im Geschäft oder direkt zu Ihnen nach Hause.
Gleich Info anfordern!
Naturkost Endres FEINES ZUM LEBEN
Schützenstr. 1A Tel. 0951 / 20 18 13
96047 Bamberg Fax 0951 / 20 19 12

Foto: Erich Weiß

Überzogen, unnötig und realitätsfremd

sind nach Meinung der GAL die Planungen für ein ca. 110 Hektar großes Gewerbegebiet nordwestlich der B 26 gegenüber der Müllverbrennungsanlage. Über die Entwicklungsmöglichkeiten und die Notwendigkeit von Gewerbeflächen an dieser Stelle gab der Stadtrat gegen die Stimmen der GAL ein Gutachten in Auftrag, das vor kurzem in nichtöffentlicher Sitzung vorgestellt wurde. Das beauftragte Büro verspricht darin das Blaue vom Himmel: Über 50 Betriebe würden sich innerhalb von nur acht Jahren dort ansiedeln. Eine traumtänzerische Prognose – aber nicht ganz unverständlich, schließlich hofft das junge Beraterteam auf lukrative Folgeaufträge, wenn die Stadt diese Pläne weiterverfolgt. Dabei ist nach Meinung der GAL eine solch überdimensionierte Neuausweisung überhaupt nicht notwendig. Die Stadt sollte sich vielmehr auf ihre brachliegenden Industrieflächen konzentrieren, wie das Schaeffler-Gelände und die ERBA; auch am Laubanger gibt es noch genügend freie Flächen auf Stadtgebiet, die gezielt vermarktet werden könnten. Zudem wurden erst vor kurzem völlig neue Gewerbegebiete am Börstig, am Tännig und an der Forchheimer Straße ausgewiesen, die eigentlich auch schon in diesem Ausmaß mehr sind, als gebraucht wird. Nordwestlich der B 26 wären intakte und unberührte Biotopflächen sowie Ackerland betroffen. Zudem liegt das Areal innerhalb eines amtlich festgelegten Uberschwemmungsgebiets am Zusammenfluss von Main und Regnitz und stellt einen nicht ersetzbaren Retentionsraum für Hochwässer dar.

Erst nach der OB-Wahl wird das Thema wieder den Stadtrat beschäftigen. Bleibt zu hoffen, dass sich die Mehrheitsfraktionen nicht von den Versprechungen blühender Gewerbe-Landschaften blenden lassen, sondern sich auf das Machbare konzentrieren – und nordwestlich der B 26 lieber Natur-Landschaften blühen lassen.

Gastkommentar

Dr. Cornelia Waldmann-Selsam

Die Stadtluft ist krank

Stellen Sie sich vor, Sie fühlen sich krank. Sie gehen zum Arzt, die Symptome sind eindeutig, eine sichere Diagnose ist schnell gefunden. Sie erwarten selbstverständlich sofortige Behandlung, damit Sie bald wieder gesund sind. Aber es passiert das Gegenteil. Der Arzt will die pathologischen Befunde erst einmal mit Kollegen besprechen, er muss Niederschriften anfertigen, Therapievorschläge bei seinen Vorgesetzten einreichen, weitere Untersuchungen veranlassen, Gutachten in Auftrag geben usw. Die Zeit vergeht – und Sie fühlen sich immer kränker.

Die Patientin, der auf diese Weise übel mitgespielt wird, ist unsere Stadtluft – und Mitleidende sind wir alle, die wir sie täglich einatmen müssen.

Die Stadtluft ist krank – krank von einem Übermaß an Ruß und Benzol, das wir ihr täglich durch Autoabgase zumuten. Krank werden aber auch die Menschen, die an Straßen mit besonders hoher Schadstoffkonzentration wohnen. Benzol in der Atemluft und in der Nahrung kann auch in kleinsten Mengen Leukämie und andere bösartige Neubildungen der lymphatischen und blutbildenden Organe auslösen. Um das Risiko zu begrenzen, darf momentan in Deutschland ein Wert von 10 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nicht überschritten werden (ab 2010 gilt europaweit ein Grenzwert von 5 µg/m). Nach derzeitigem Wissensstand rechnet man bei diesem Grenzwert mit zehn zusätzlichen Krebskranken auf 100.000 Menschen, die lebenslänglich so viel Benzol einatmen. Bei Dieselruß muss beim jetzigen Grenzwert von 8 µg/m mit zusätzlich 56 Lungenkrebskranken auf 100.000 exponierte Personen gerechnet werden. Wohlgemerkt: Man nimmt schon bei Einhaltung dieser Werte schwer kranke und sterbende Menschen in Kauf.

Diese Grenzwerte sind an elf Stellen in der Bamberger Innenstadt überschritten. Dort wohnen Menschen. Diese Menschen sind in Gefahr. Um sie zu schützen, muss die Stadtluft in Bamberg wieder gesund werden. Eine Therapie ist mehr als überfällig.

Was wir jetzt dringend brauchen:

- mutige StadträtInnen in allen Parteien, die aus Verantwortungsgefühl für die AnwohnerInnen auch einschneidenden und zunächst vielleicht unpopulären Maßnahmen zustimmen, und die jegliches zusätzliches Verkehrsaufkommen ablehnen.
- tüchtige VerkehrsplanerInnen, die Therapievorschläge vorlegen und zügig ausführen.
- InnenstadtbewohnerInnen, die eine starke Lobby für die Gesundheit der Menschen aufbauen.
- zahlreiche ÄrztInnen, die ihre Aufgabe Krankheiten zu verhüten engagiert wahrnehmen.
- wir brauchen aber auch den Mut, offen auszusprechen: Die Autoabgase gefährden uns – wir müssen gemeinsam der Gefahr begegnen.

Dr. Cornelia Waldmann-Selsam ist praktische Ärztin. Zusammen mit anderen Betroffenen, BürgerInnen und ÄrztInnen hat sie die „Interessengemeinschaft Gesundes Bamberg“ gegründet. Kontakt über Tel. 12300.

gazeuse

was Sie im FT nicht lesen können

Bamberg – die Stadt der „Gutverdienenden“

Gutverdienende sind zwar nicht unterstützungsbedürftig, dafür aber unterstützungswürdig. Das belegt ein Beschluss des Bausenats vom 15. September 1999. In nichtöffentlicher Sitzung stimmte die Mehrheit der Senatsmitglieder (gegen die Stimmen der GAL) einem Verwaltungsvorschlag zu, sechs städtische Bauplätze ohne öffentliche Ausschreibung zu verkaufen. In der Sitzung begründete der Wirtschafts- und Rechtsreferent Robert Gegenfurtner sein Ansinnen damit, „Gutverdienende in Bamberg zu halten, bzw. als Neubürger zu gewinnen“. Das Amt für Wirtschaft holte sich also die Genehmigung dafür, die Bauplätze „bei entsprechender Gelegenheit ohne sonst übliche Ausschreibung und ohne Anwendung des Sozialen Punktekataloges (...) anbieten und nach entsprechender Genehmigung durch den Bausenat kurzfristig veräußern zu können“.

Mit anderen Worten: Rare Grundstücke in bester Lage werden neuerdings nicht mehr öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben, sondern nur noch einem ausgewählten Personenkreis mit prallem Portemonnaie zugeschanzt.

Gestank droht mit Abwanderung

An der Pödeldorfer Straße, Ecke Brennerstraße, stinkt's – süßlich-giftig nach lösemittelhaltigen Lacken – und das schon jahrzehntelang. Seit nunmehr zehn Jahren appelliert die Stadt Bamberg in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen an die Firmenleitung des Tubenherstellers Kaufmann & Sohn, die bedenklichen Schadstoff–emissionen abzustellen. Aber bis heute hat die Firma immer noch nicht alle erteilten Auflagen umgesetzt, sondern formuliert in ebenso regelmäßigen Abständen vertröstende und hinhaltende Stellungnahmen – und verstößt weiter gegen die Auflagen aus dem geltenden Baubescheid von 1990.

Neuerdings droht Kaufmann & Sohn mit Abwanderung ins Bamberger Umland. Und die Stadtspitze bekommt erwartungsgemäß bei dieser Drohung sofort weiche Knie, denn den weiteren Verlust eines Arbeitgebers und Gewerbesteuerzahlers will OB Lauer nicht auch noch auf seine Kappe nehmen. Also lässt sich das Rathaus, und insbesondere der auf Antrag der GAL immer wieder damit befasste Umweltsenat weiter hinhalten und wartet ab – in der Hoffnung, das Unternehmen möge tatsächlich umziehen, aber nicht ins Umland, sondern innerhalb der Bamberger Stadtgrenzen. Es würde verhandelt und verschiedene Standort-Angebote lägen auf dem Tisch, heißt es am Maxplatz. KritikerInnen möchten sich doch bitte ruhig verhalten, die „gewisse Geruchsbelästigung“ für die Anwohnenden sei bis zu einer endgültigen Klärung schon noch hinnehmbar.

Doch ob das mit den Auswanderungsplänen tatsächlich so ernst zu nehmen ist, bleibt fraglich. Der Architekt Bernhard Wittmann, Eigentümer eines benachbarten Grundstücks, hat seit Jahren wegen der anhaltenden Schadstoffausstöße Nachteile für die Nutzung seiner Gebäude und schaltete deshalb eine Rechtsanwältin ein. Er erwägt rechtliche Schritte gegen die Stadt, die auf eine Einhaltung der Bauauflagen zu achten hat. Vor kurzem erhielt Wittmann ein Schreiben von Kaufmann & Sohn, in dem allerdings mit keiner Silbe von einem baldigen Umzug die Rede ist. Dabei wäre doch mit dem Hinweis, dass man in allernächster Zeit sowieso die Produktion einstellen werde, der Nachbar sicher leicht zu beruhigen gewesen. Es deutet also einiges darauf hin, dass der Tubenhersteller weiterhin nur daran interessiert ist, Zeit zu schinden und Ausgaben für zusätzliche Reinigungsfilter und Produktionsumstellungen zu sparen.

Der Umweltsenat beschäftigt sich im Mai wieder mit dem Thema. Hoffentlich erinnert sich CSU-Stadtrat Werner Hipelius dann noch an seinen Redebeitrag aus der nichtöffentlichen Sitzung im November, als er ankündigte, die Geduld seiner Fraktion sei nach dieser neuerlichen Vertröstung endgültig am Ende, dann müsse endlich gehandelt werden. Über diese Unterstützung würden sich nicht nur die GAL, sondern bestimmt auch die Anwohner und Anwohnerinnen freuen.

Anpassungsfähiger Landschaftsschutz

Aufgrund des Bayerischen Naturschutzgesetzes werden Landschaftsschutzgebiete (LSG) ausgewiesen, um bestimmte Naturflächen vor unerwünschter zerstörender Nutzung, z.B. Bebauung, zu schützen. Das gilt allerdings nur so lange, bis jemand eine solche Nutzung des jeweiligen Gebiets wünscht. Tritt dieser Wunsch nämlich auf, so zeigt sich der eigentliche Wert von Landschaftsschutzgebieten: Sie stehen bei Bedarf zur Änderung, sprich Verkleinerung, schnell zur Verfügung.

So geschehen auf den Flächen der US-Armee am Ende der Zollnerstraße, wo vor kurzem durch die Stadt das Neubaugebiet Kastanienstraße (Einfamilienhäuser für Armeeangehörige) ausgewiesen wurde. Eben dieses Gebiet gehörte bis dato eigentlich noch zum Landschaftsschutzgebiet Hauptsmoorwald. Aber das störte weder Stadtplaner noch Stadtratsmehrheit. Denn die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes Hauptsmoorwald werden derzeit sowieso neu gezogen, und da ist es kein Problem, sie den Bauwünschen der Amerikaner anzupassen. Im Sitzungsvortrag des Umweltsenats hieß es denn auch lapidar: Es werde „die Neuabgrenzung bis zum Frankenschnellweg zurückgenommen, weil z.T. im rechtskräftigen LSG intensive Nutzungen durch die US-Armee bestehen bzw. geplant sind und ein LSG-Status rechtlich (nach dem Bayerischen Naturschutzgesetz) und fachlich dort kaum haltbar ist.“

Fazit: Es werden also zuerst Fakten geschaffen und dann die rechtliche Lage diesen Tatsachen angepasst. Funktioniert Landschaftsschutz nur dort, wo sowieso keine Gefahr droht?

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE
die etwas andere Trauring-Kollektion
Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

NAH- UND FERN
UMZÜGE
PETER SCHIELE
Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung - Außenaufzug
96052 Gundelsheimer Str. 100
(09 51) 6 93 39 FAX 6 73 40

impressum

Die gaz wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:

Wolfgang Budde, Peter Gack, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible, Ursula Sowa

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Andreas Becker, Frank U. Frei, Oliver Gasparini

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):
Sylvia Schaible,
Grüner Markt 7,
96047 Bamberg

Photos:
Bernhard Kümmelmann, Erich Weiß

Karikatur:
Gerd Bauer, Nürnberg

Gestaltung:
Bernhard Kümmelmann

Satz:
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen/Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 15.000

Nr. 54 / Februar 2000

Ich wähle Ursula Sowa . . .

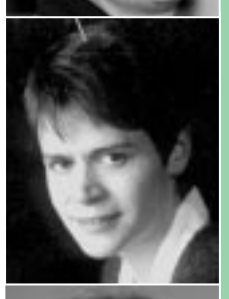
. . . weil ich die Ideenlosigkeit und Entscheidungsunfähigkeit der Stadtspitze endgültig satt habe.
Prof. Dr. Achim Hubel, Hochschullehrer

. . . weil sie eine echte Alternative ist.
Ingrid Endres, Oberstudienrätin

. . . weil es nach August, Adolf, Luitpold, Lorenz, Theodor, Paul und Herbert Zeit für eine Ursula wird.
Rudi Sopper, Buchhändler, Verleger

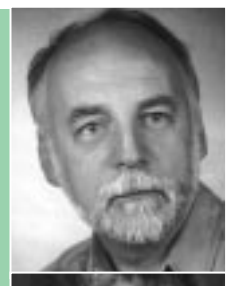
. . . weil ihr Verständnis von Kultur nicht stromlinienförmig ist.
Harald Rink, Dipl.-Soziologe

. . . auch wenn mir ihre Leserbriefe fehlen werden.
Mark Rimkus, Rechtsanwalt

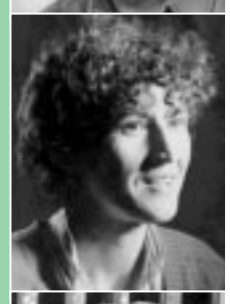


. . . damit es hier grünt und gedeiht.
Annemarie Schröder-Heber, Physikerin

. . . weil mich knapp vier Jahre gemeinsamer Stadtratstätigkeit absolut überzeugt haben: Mit Ursula Sowa werden Gestaltungsfreude, ausdauernde Beharrlichkeit und viele Ideen für ein zukunftsfähiges Bamberg in die Chefräume des Rathauses einziehen.
Andreas Becker, ödp-Stadtrat, Einzelhandelskaufmann



. . . weil Bamberg neue Ideen braucht.
Dr. Wolf Krönicher, Frauenarzt



. . . weil ich sie als soziale, optimistische, weitblickende und aufgeschlossene Politikerin kennengelernt habe.
Hildegard Hofstätter, Erzieherin

. . . weil ich Wendehälse nur in der Natur schätze.
Michael Rieger, Lehrer

. . . damit Waldwiese und Ottobrunnen grün bleiben.
Cornelia Rieger, Diplom-Pädagogin

. . . weil mich Kompetenz beeindruckt.
Markus Knebel, Lehrer

. . . weil Bamberg keine Wiederwahl braucht, die auf Wortbruch und Geklüngelpolitik aufbaut.
Wolfgang Grader, Dipl.-Theologe, Lehrer

. . . weil sie kompetent, glaubwürdig und überzeugend ist. Sie wird sich für eine sinnvolle Verkehrspolitik und bessere Luft in dieser Stadt einsetzen.
Eva Hofler, Erzieherin

. . . weil sie neue Wege sucht, statt in den alten Politik-Trampelpfaden stecken zu bleiben.
Ernst Wilhelm, Lehrer

. . . weil man/frau zu ihr nur ja sagen kann.
Barbara Fischer, Krankengymnastin

. . .weil ein Generationenwechsel an der Stadtspitze notwendig ist.
Helge Burmeister, Betriebswirt

. . . weil ich mir von ihr neue Impulse für den Arbeitsmarkt erhoffe.
Susanne Valentin, Bürokauffrau, arbeitslos

. . . damit Kulturpolitik nicht aus Sonntagsreden besteht
Heike Heimbach, Buchhändlerin

. . . weil der „Herr der Tiefgaragen“ (Lauer) nicht auf meiner Wellenlänge liegt, und die Kandidaten von SPD, FDP und der Herr Tscherner alles (alte) Männer sind, die alles besser wissen. Die Ursula Sowa bringt frischen Schwung rein.
Volker Best, Krankenpfleger

. . . weil ihr das Wohl der Menschen in Bamberg und die Bewahrung von Natur und Weltkulturerbe am Herzen liegen.
Susanne Batz, Sonderschullehrerin, ödp-Mitglied

. . . für eine Stadtentwicklung mit Sachverstand und Standpunkten.
Hella Ebeling, Rechtsanwältin

. . . weil meine Enkel und alle Bamberger Kinder durch ihre Kommunalpolitik besser atmen, spielen und ungefährdeter leben können.
Giesela Miekisch, Lehrerin i. R.

. . . weil sie kommunalpolitisch kompetent ist.
Stephan Link, Andragoge, Lehrer

. . . weil ich ihr einen konstruktiven Blick für die Stadtentwicklung, Augenmaß und persönliches Stehvermögen zutraue.
Hildegard Dennerlein, Oberlehrerin a.D., ödp-Mitglied seit 1978

. . . – diesmal Damenwahl!
Kunigunde, Kaiserin

Ich möchte die DAMENWAHL am 19. März 2000 unterstützen!

☐ **Mit einer Spende**
Dann bitte auf das Konto von Bündnis 90/Die Grünen, KV Bamberg-Stadt
Ktnr. 578 012 304, Stadtsparkasse Bamberg (BLZ 770 500 00)

☐ **Mit meinem Engagement**
Ich interessiere mich für Aktivitäten der GAL und den GAL-Rundbrief.

☐ **Mit meinem Interesse**
Ich möchte Informationsmaterial und das Programm der OB-Kandidatin Ursula Sowa zugeschickt bekommen.

Name:

Adresse:

Bitte zurückschicken an GAL, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg oder Fax 0951/23777. Danke!

Termine

Donnerstag, 3.2.2000: 19.30 Uhr, öffentliches GAL-Plenum (Ort siehe Tagespresse)

Samstag, 12.2.2000: 8.30 bis 16 Uhr, Bamberger Schwulen- und Lesben-Aktionstag, Gabelmann

Donnerstag, 17.2.2000: 19.30 Uhr, öffentliches GAL-Plenum (Ort siehe Tagespresse)

Mittwoch, 23.2.2000: 18 Uhr, U2/Ü2, „Lehramtsausbildung auf dem Prüfstand“ mit Sepp Dürr (MdL), Ursula Sowa, H. Huber, Veranstalterin: Grüne Hochschulgruppe

Donnerstag, 24.2.2000: 19.30 Uhr, Neues Palais, Luitpoldstr. 40a, Podiumsdiskussion „Ehrenamtliches Engagement in Bamberg“, mit Ursula Sowa (GAL), Dr. Walter Bender (Lehrstuhl für Andragogik), Harald Rink (FRIZ-Freiwilligenzentrum), N.N., Veranstalterin: ödp

Donnerstag, 3.3.2000: 19.30 Uhr, öffentliches GAL-Plenum (Ort siehe Tagespresse)

Freitag, 10.3.2000: Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer in Bamberg

Samstag, 11.3.2000: nachmittags, „Grüne Dame schlägt schwarzen König“, Schachspiel auf dem Maxplatz

Donnerstag, 16.3.2000: 19.30 Uhr, öffentliches GAL-Plenum (Ort siehe Tagespresse)

Sonntag, 19.3.2000: Damenwahl!